



STAATSKANZLEI

Mainz, 28.01.2021

www.rlp.de

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Andrea Bähler
Sprecherin der Landesregierung
Telefon 06131 16-4720
Telefax 06131 16-4091

Almut Rusbüldt
Stellvertretende Sprecherin
der Landesregierung
Telefon 06131 16-4697
Telefax 06131 16-4666

Janosch Littig
Stellvertretender Sprecher
der Landesregierung
Telefon 06131 16-5701
Telefax 06131 16-4666

pressestelle@stk.rlp.de

Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

**Regierungserklärung von
Ministerpräsidentin Malu Dreyer
zur Corona-Pandemie**

116. Plenarsitzung am 28. Januar 2021

**Redemanuskript
Es gilt das gesprochene Wort.**

Sperrfrist: Redebeginn



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 28.01.2021

Seit fast einem Jahr fordert die Corona-Pandemie unsere gesamte Aufmerksamkeit. Der Shutdown geht zunehmend an die Substanz: bei den Menschen, in der Gesellschaft, in der Wirtschaft.

Die harten Maßnahmen wirken zwar. Die Infektionszahlen sinken. Die Inzidenz der Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in sieben Tagen liegt in Rheinland-Pfalz Stand gestern bei 90. Aber das ist immer noch viel zu hoch. Und viel zu viele Menschen sind bereits an und mit Corona gestorben.

So bedrückend der Alltag vieler Menschen ist, so polarisiert sind die gesellschaftlichen Debatten. Das ist verständlich, denn es geht um viel. Zu allererst um die Frage, mit welchen Maßnahmen das tückische Virus wirksam eingedämmt werden kann.

Wir sehen: Selbständige bangen um ihre Existenz, Unternehmer sehen ihr Lebenswerk in Gefahr, Eltern sind belastet von der Daueraufgabe, Beruf und Schule miteinander zu verbinden, Kinder vermissen ihre Freunde. Corona ist einfach brutal. Da ist es nur verständlich, ja in einer freiheitlichen Demokratie geradezu notwendig, dass über die beschlossenen Grundrechtseingriffe heftig gestritten wird.

Für mich als Ministerpräsidentin und für meine Landesregierung war von Anfang an klar, dass die Eingriffe immer zeitlich beschränkt und nach klaren Kriterien zu verantworten sind. Der Staat muss die Maßnahmen rechtfertigen. Und wir müssen die Folgen der Einschränkungen möglichst gut und gerecht abfedern.

Die Entscheidung, den Shutdown bis zum 14. Februar zu verlängern, die im Kreis der Regierungschefinnen und -chefs getroffen wurde, war notwendig und richtig, so schmerzlich sie ist. Denn die Maßnahmen haben ein klares Ziel: die Infektionszahlen so schnell wie möglich zu senken. Dazu müssen alle ihre Kontakte drastisch verringern.

Das Handeln der Landesregierung folgt von Anfang an der Maxime: **schützen und unterstützen.**

Wir müssen vor allem die älteren Menschen vor einer Infektion schützen. Wir wissen, dass hochaltrige Menschen das höchste Risiko haben, schwer zu erkranken und an



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 28.01.2021

COVID-19 zu sterben, besonders dann, wenn sie in einem Pflegeheim leben, wo sich das Virus schnell verbreiten kann.

In Rheinland-Pfalz unterstützen wir die Bewohner und Bewohnerinnen von Alten- und Pflegeheimen konsequent durch eine umfassende Teststrategie und durch zügige Impfungen. Gleich nach der Zulassung des BioNTech-Pfizer-Impfstoffs haben wir am 27. Dezember mit mobilen Teams in Alten- und Pflegeheimen mit dem Impfen begonnen. Für Menschen über 80 Jahre und andere Personen der Priorität 1 sind unsere Impfzentren seit dem 7. Januar geöffnet. Stand gestern sind rund 136.000 Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälerinnen geimpft worden. Damit gehört Rheinland-Pfalz zur Spitzengruppe der Bundesrepublik bei der Quote der geimpften Menschen. Und wir haben verpflichtende Tests angeordnet und werden sie auch nach den Impfungen fortführen. Damit lassen wir die Einrichtungen nicht allein. In der „Kriseneinheit des Landes für die Pflege- und Altenheime“ unterstützen lokale Gruppen der Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz zusammen mit Ehrenamtlichen und zusätzlich mit der Bundeswehr die Pflegeheime bei der Durchführung von Antigen-Schnelltests.

Die Zahl der Testungen konnte damit nochmals deutlich erhöht werden. Zudem werden wir in Rheinland-Pfalz grundsätzlich die Kapazitäten ausweiten, positive Proben auf die Mutation hin zu untersuchen.

Und weil wir wissen, dass die Pflegenden in den Einrichtungen seit Monaten am Limit arbeiten, wegen Quarantäne ausfallen oder selbst an COVID-19 erkranken, haben wir mit den „Helfenden Händen“ ein zusätzliches Freiwilligennetzwerk organisiert, das ebenfalls durch die Bundeswehr unterstützt wird. Es entlastet das Pflegepersonal etwa bei der Essensausgabe. Diese Vorgehensweise wurde inzwischen für ganz Deutschland übernommen. Als Ministerpräsidentin danke ich allen, die sich hier engagieren. Damit zeigt sich erneut: Rheinland-Pfalz ist ein solidarisches Land. Die Menschen halten auch in Krisenzeiten zusammen!

Auf lange Sicht wird eine Impfung das effektivste Gegenmittel gegen COVID-19 sein. Mich erreichen viele Briefe mit der Frage: Wann bin ich an der Reihe? Und: Warum kann das Ganze nicht schneller gehen?



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 28.01.2021

Die nüchterne Tatsache ist: Hier sind wir als Land auf den Bund angewiesen. Es gibt eine klare Aufgabenteilung: Der Bund besorgt den Impfstoff, wir organisieren die Impfungen. Ich kann für Rheinland-Pfalz sagen: Wir sind vorbereitet und könnten mindestens 20.000 Menschen pro Tag impfen, sobald wir genügend Impfdosen haben. Aber Fakt ist, dass es derzeit noch zu wenig Impflieferungen gibt.

Fakt ist aber auch, dass trotz der Lieferengpässe in der Impfstoffversorgung bei uns in Rheinland-Pfalz alle bereits einmal Geimpften die notwendige Zweitimpfung erhalten und auch die Erstimpfungen in den Alten- und Pflegeheimen fortgeführt werden. Um es deutlich zu sagen: Jede Zweitimpfung im Land ist gesichert. Wer Zweifel daran sät, hilft den Menschen nicht, sondern verstärkt bloß bestehende Unsicherheit. Ich danke allen, die diese gigantische logistische und personelle Leistung in unserem Land bewältigen, vor allem unseren Kommunen mit ihren Impfzentren.

Mein Ziel ist ganz klar: Jeder Bürger und jede Bürgerin in Rheinland-Pfalz soll bis zum Ende des Sommers ein Impfangebot erhalten haben! Wir haben dafür die Infrastruktur geschaffen. Dazu aber brauchen wir genügend Impfstoff und die Planungssicherheit, wieviel von welchem Impfstoff wann zur Verfügung stehen wird.

Deshalb habe ich gestern zusammen mit meinen Länderkollegen und -kolleginnen einen Impfstoffgipfel gefordert. Alle staatlichen Ebenen müssen vertrauensvoll und verantwortlich zusammenarbeiten. Ich halte einen solchen Gipfel für dringend notwendig. Bundesregierung, Länderchefs, Pharmaindustrie, Zulieferer und die Zuständigen der EU müssen an einen Tisch. Wir brauchen einen klaren und transparenten nationalen Impfstoff-Plan für die kommenden Monate.

So, wie wir die alten Menschen schützen, so schützen und unterstützen wir auch die jüngeren. Ich weiß, wie schwer es gerade Familien in diesen Zeiten haben.

Wir setzen alles daran, dass kein Kind und kein junger Erwachsener zum Verlierer der Pandemie wird! Eigentlich war geplant, mit der Rückkehr zum Wechselunterricht in unseren Schulen kommende Woche zu beginnen, da wir wissen, dass Kinder ihre Freunde brauchen. Und sie den Lernort Schule brauchen. Weil aber in unseren unmittelbaren Nachbarländern in den letzten Tagen die neue Virus-Variante und



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 28.01.2021

weiterer Virusmutationen aufgetreten sind, haben wir uns gestern und heute früh noch einmal mit den Experten der Universitätsmedizin Mainz beraten und beschlossen, den Beginn des Wechselunterrichts in den Grundschulen zu verschieben.

Wir nehmen uns die notwendige Zeit, um die Lage in Ruhe zu bewerten. Wir haben immer gesagt, wir wollen mehr Schule ermöglichen, aber nur, wenn die Infektionslage es zulässt.

Für die Kitas gilt bis auf weiteres: Sie bleiben für den dringenden Bedarf geöffnet. Die Eltern gehen mit diesem Angebot sehr verantwortlich um. Aber wir erhöhen den Schutz der Beschäftigten und der Familien:

Wir haben ein Hygienepaket geschnürt. Für jede Kita stehen 1000 Euro bereit, mit denen die Träger für jeden Erzieher und jede Erzieherin zusätzliche medizinische Masken Desinfektionsmittel und weitere Schutzausrüstung erwerben können.

Beschäftigte in den Einrichtungen können sich jederzeit testen lassen.

Und wir werden im engen Austausch mit den Trägern überlegen, wie wir den Schutz weiter verbessern können.

Die Landesregierung hat bisher in dieser Krise alle Entscheidungen mit Augenmaß vor dem Hintergrund der sich ständig verändernden Infektionslage getroffen. Wir tun weiterhin, was verantwortbar und erforderlich ist.

Keine Frage – auch für große Teile der Wirtschaft ist dieser zweite Shutdown eine Katastrophe. Besonders hart trifft er die Soloselbständigen, den Einzelhandel, die kleinen und mittelständischen, oft familiengeführten Unternehmen in unserem Land. Über 90 Prozent der Antragsteller von Novemberhilfen haben durch den Bund Abschläge ausgezahlt bekommen. Über ein Drittel sind zwischenzeitlich endgültig bearbeitet. Wir gehen davon aus, dass in den kommenden beiden Wochen alle Anträge aus der Novemberhilfe abgearbeitet sind und auch die Dezemberhilfen zügig ankommen.



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 28.01.2021

Rheinland-Pfalz hat sich auf Bundesebene erfolgreich für Verbesserungen bei den Wirtschaftshilfen eingesetzt; die Beantragung der Überbrückungshilfe III wird nun deutlich einfacher, die Förderung großzügiger und sie steht einem größeren Kreis an Unternehmen zur Verfügung. Und der Bund hat zugesichert, dass die Abschläge endlich im Februar ausgezahlt werden. Ferner wurde die Neustarthilfe für Selbstständige verbessert und die besonderen Herausforderungen des Einzelhandels berücksichtigt.

Beim Thema Homeoffice setzen wir ebenfalls auf den rheinland-pfälzischen Weg: auf sozialpartnerschaftliches Vorgehen und vertrauensvolle Gespräche mit allen Beteiligten.

Auch der Beschluss des Bundes zum Arbeiten zuhause zielt darauf, dass Kontakte möglichst vermieden werden, auch auf dem Arbeitsweg und im Büro. Ich werbe deshalb sehr eindringlich dafür, dass dort, wo es die Art der Tätigkeit zulässt, mobiles Arbeiten möglich gemacht und auch wahrgenommen wird.

In meiner letzten Regierungserklärung habe ich davon gesprochen, dass wir diese einschneidende Krise auch nutzen wollen, um in Rheinland-Pfalz die Weichen für eine gute Zukunft zu stellen. Dazu legen wir jetzt Konjunkturpaket für Rheinland-Pfalz auf, das die notwendigen Impulse gibt und gleichzeitig den Erfolg unserer Wirtschaft auch in den nächsten Jahrzehnten sichert. Hierfür geben wir aus dem Nachtragshaushalt fast 100 Million Euro aus. Es besteht aus Investitionsförderung und Eigenkapitalstärkung. Uns geht es darum, Investitionen und Innovationen anzuregen, eine konjunkturelle Belebung in Rheinland-Pfalz zu flankieren. Wir fördern ganz gezielt Unternehmen, die die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen und sich umwelt- und klimafreundlich für die Zukunft aufstellen. Die Landesregierung setzt weiter alles daran, dass unsere Unternehmen die Krise bewältigen und gestärkt aus ihr hervorgehen!

Das Pandemiegeschehen ist nach wie vor dynamisch und stellt uns vor immer neue Herausforderungen, wie wir gerade wieder mit Blick auf die Schulen sehen. Zugleich fragen die Menschen zu Recht: Wie geht es nach dem 14. Februar weiter?



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 28.01.2021

Auf die Erarbeitung einer Perspektive haben wir uns bei den Bundesländergesprächen vereinbart und daran wird in allen Ländern gearbeitet. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir uns in Deutschland auf ein gleiches Vorgehen einigen. Wir brauchen ein Einvernehmen darüber, unter welchen Bedingungen welche Bereiche gelockert werden können oder wieder verschärft werden müssen.

Mir ist sehr bewusst: Corona verlangt Ihnen, liebe Bürger und Bürgerinnen, sehr viel ab. Es gibt wenig, was man sicher planen kann in dieser Pandemie. Die Bekämpfung des Virus ist eine Herkulesaufgabe auf allen Ebenen. Und nur wenn alle mitmachen, halten wir die Infektionen niedrig und schützen uns gegenseitig.

Trotz aller Herausforderungen sage ich ganz klar: Sie können darauf bauen, dass diese Landesregierung jeden Tag mit aller Kraft dafür arbeitet, die Krise zu überwinden und ein gutes Morgen und Übermorgen für alle in unserem Land zu schaffen.

Ich danke Ihnen.